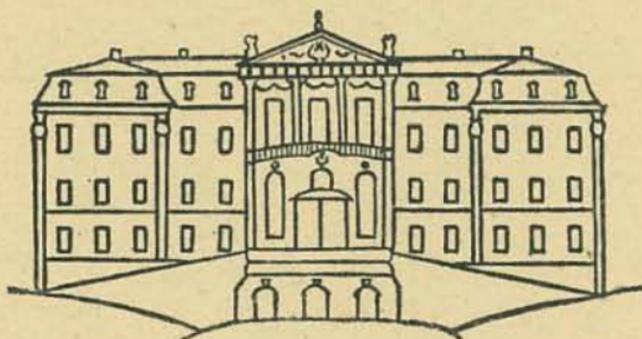


Hefte aus Burgscheidungen

Carl Ordnung

Befreiung und Entspannung

Orientierungshilfe für christlichen Friedensdienst



201

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Hefte aus Burgscheidungen

Carl Ordnung

Befreiung und Entspannung

Orientierungshilfe für christlichen Friedensdienst

1976

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Vom 12. bis 16. April 1976 tagte die internationale Jugendkommission der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) in Bremen (BRD) unter dem Thema „Befreiung und Entspannung – Junge Christen nehmen im Sinne Christi an den Bemühungen um eine bessere Welt teil“. Der vorliegende Text stellt das leicht überarbeitete Hauptreferat zu diesem Thema dar.

Mit dem Abschluß der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist eine neue Etappe im Ringen um eine weltweite Ordnung des Friedens eingeleitet worden. Zu diesem Erfolg konsequenter Friedenspolitik haben auch die Friedensbewegungen wesentlich beigetragen. Der Moskauer Weltkongreß der Friedenskräfte, das Brüsseler Forum für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, aber auch kirchliche und christliche Friedensinitiativen haben mitgeholfen, auf unserem Kontinent eine informierte öffentliche Meinung zu formen, die es den Diplomaten und Staatsmännern in Helsinki erleichterte, Vereinbarungen zu treffen, mit denen die Wende vom kalten Krieg zur friedlichen Koexistenz auch vertraglich abgesichert wurde.

So sehr wir uns dieses Erfolges freuen, so wenig sind wir der Meinung, daß sich mit Helsinki die Aufgabe der Friedenskräfte erledigt hätte. Die Gegner des Friedens haben zwar eine empfindliche Niederlage hinnehmen müssen, aber sie geben sich keineswegs geschlagen. Außerdem existieren am Rande Europas und außerhalb unseres Kontinents immer noch eine Anzahl von Krisenherden, die den Weltfrieden bedrohen. Man braucht nur an Zypern zu erinnern, an den Nahen Osten und das südliche Afrika, an Chile und an die Situation im Indischen Ozean.

Schon auf der Tagung des Fortsetzungsausschusses der CFK im September 1975 in Ungarn wurde die neue Situation analysiert, um aus einer solchen Analyse Orientierungspunkte für die zukünftigen Aktivitäten christlicher Friedenskräfte zu gewinnen. Generalsekretär Dr. Károly Tóth führte in seinem Rechenschaftsbericht auf dieser Tagung aus: „Die Gegensätze zwischen Fortschritt und Reaktion, zwischen Sozialismus und Kapitalismus bestehen weiterhin. Was neu ist, ist die Tatsache, daß die Austragung dieser Gegensätze auf friedlichem Weg geschieht.“ Und CFK-Präsident Metropolit Nikodim sagte: „Wenn wir die Schaffung günstiger Bedingungen für die friedliche Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa feststellen, können wir das leider von anderen Gebieten der Erde nicht behaupten.“ Er gab aber der Überzeugung Ausdruck, daß sich das Beispiel von Helsinki positiv auf andere Spannungsgebiete auswirke.

Dieser Gedanke wurde in der Schlußresolution aufgegriffen und vertieft. Dort heißt es: „Wenn früher die Gefahr bestand,

daß von Europa aus weltweite Kriege drohen, so kann heute von Europa aus eine Inspiration in der Praktizierung der friedlichen Koexistenz erfolgen, und es können gleichzeitig mehr und neue Kräfte der Solidarität mit den um Frieden und Gerechtigkeit kämpfenden Völkern freigesetzt werden.“ Vor allem wird in dieser Erklärung mit Nachdruck unterstrichen, daß „die internationalen Prozesse des Friedens und des Fortschritts nicht automatisch ablaufen“, daß deshalb gerade nach Erfolgen der Friedenskräfte äußerste Wachsamkeit geboten sei.

Präzis wurde die Dialektik der neuen Etappe des Friedenskampfes auf dem XXV. Parteitag der KPdSU herausgearbeitet. Nach der Unterstreichung der historischen Bedeutung von Helsinki sagte L. I. B r e s h n e w : „Aber wir dürfen auch die negativen Momente nicht übersehen“, und er wies darauf hin, „daß einflußreiche Kreise dieser Staaten (einer Anzahl kapitalistischer Staaten Europas – C. O.) nicht gewillt sind, die Mentalität des kalten Krieges wirklich zu überwinden und eine Politik der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder konsequent zu betreiben... Ein erheblicher Teil der Massenmedien in den westlichen Ländern trägt keineswegs zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und der internationalen Zusammenarbeit bei, sondern schürt im Gegenteil Mißtrauen und Feindseligkeit gegenüber den sozialistischen Ländern. Manche Leute versuchen, die in Helsinki angenommene Schlußakte ihres Kerngehaltes zu berauben oder diesen zu entstellen und dieses Dokument als Vorwand für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder, für eine antikommunistische und antisowjetische Demagogie im Stil des kalten Krieges auszunutzen.“

Wer heute als Christ seinem Friedensauftrag gerecht werden will, der sieht sich mit der hier beschriebenen Situation konfrontiert. Wenn die CFK-Jugendkommission als Thema für die diesjährige Zusammenkunft wählte: „Befreiung und Entspannung – Junge Christen nehmen im Sinne Jesu Christi an den Bemühungen um eine bessere Welt teil“, dann geht es ihr einmal um die Vergegenwärtigung des geistlichen Grundes, der unser Friedensengagement trägt, und zum anderen um die Beschreibung der Haupttendenzen der gegenwärtigen politischen Weltsituation, um aus beidem eine Wegweisung für unseren Dienst zu gewinnen.

I.

Was heißt das, wenn unser Thema sagt, daß wir im Sinne Jesu Christi an den Bemühungen um eine bessere Welt teil-

nehmen? Damit ist die Frage nach dem Grund unserer christlichen Existenz und unseres Friedensdienstes gestellt. Ich möchte darauf mit vier Thesen antworten und dabei theologische Überlegungen und Reflektionen aufnehmen, die in der CFK seit ihrer Gründung vor fast zwanzig Jahren eine Rolle spielten.

1. Im Sinne Jesu Christi an den Bemühungen um eine bessere Welt teilnehmen heißt: sein ganzes Handeln bestimmt sein lassen von dem Wissen darum, daß Gottes Wille mit der Menschheit Frieden ist.

Das ist das eindeutige Zeugnis des Alten wie des Neuen Testaments. Nach 3. Mose 26, 6 verheißt Gott: „Ich will Frieden geben eurem Lande, daß ihr schlafet und euch niemand aufschrecke. Ich will die wilden Tiere aus eurem Lande wegschaffen, und kein Schwert soll durch euer Land gehen.“ Dabei meint Shalom (Friede) nicht nur, daß die Waffen ruhen, es beschreibt einen Zustand des Wohlergehens, der Harmonie, des Gedeihens und der Fruchtbarkeit.

Das Neue Testament spricht einerseits von dem Frieden Gottes und andererseits vom Frieden auf Erden, unter Menschen. Die Beziehung zwischen beiden ist für christlichen Friedensdienst konstitutiv.

Der Friede Gottes ist höher als alle Vernunft (Phil. 4, 7); er ist viel mehr als der Friede zwischen Menschen und Völkern. Er entfaltet sich voll im Reich Gottes, das Gerechtigkeit und Friede und Freude im heiligen Geist ist (Röm. 14, 17). Auf dieses letzte Ziel hin, das am Ende der Geschichte steht, sind die Nachfolger Jesu unterwegs. Und auf diesem Weg wird ihnen etwas vom Frieden Gottes zuteil. „Der Gott, der Frieden schenkt“, ist mit ihnen (Phil. 4, 8). Dieser Friede Gottes kann nicht von Menschen gemacht werden, er ist eine Gnadengabe Gottes. Als solche steht er in einer bestimmten Beziehung zum Frieden auf Erden. Wer diesen Frieden Gottes empfangen hat, der wird nun gar nicht anders können, als seine ganze Kraft einzusetzen dafür, daß Friede auf Erden wird.

In der Eröffnungspredigt zur I. Allchristlichen Friedensversammlung über Luk. 2, 14 sagte Heinrich Vogel: „Das ‚Ehre sei Gott in der Höhe‘ und das ‚Friede auf Erden‘ gehören unlöslich zusammen. Es geht nicht um den Frieden im Himmel, der wahrhaftig nicht unsere Sorge zu sein braucht, sondern darum, daß der Friede, den der ewige Gott für alle Ewigkeit

mit uns geschlossen hat, hier in der Zeit unter uns gelebt und praktiziert wird. So wahr der Friede Gottes höher ist nicht nur als alle Vernunft, sondern als die Zeit und alle ihre Mächte, so wahr will Gott in seiner Gnade Friede auf Erden.“ (Wir können nicht den Frieden Gottes gegen den Frieden auf Erden ausspielen.) „Wir leugnen und lästern Gottes Friedenswort, wenn wir überhören, daß es lautet: Friede auf Erden.“

Und umgekehrt sagt Wolfhart Pannenberg 1967: „Wer nicht jetzt und hier, wo immer er kann, für den Frieden unter den Menschen wirkt (auch auf die Gefahr hin, daß alles vergeblich sein könnte) – der hat keinen Anteil an dem Frieden Gottes, der der Menschheit durch Tod und Auferstehung Jesu eröffnet ist.“

In diesem Spannungsfeld ist die Seligpreisung Jesu zu verstehen: „Freuen dürfen sich alle, die Frieden schaffen, denn sie werden Gottes Kinder sein“ (Matth. 5, 9). Frieden auf Erden zu schaffen ist heute primär eine politische Aufgabe. In der Teilnahme an den politischen Bemühungen um eine dauerhafte Friedensordnung bezeugen Christen Gottes Friedenswillen mit der Menschheit.

2. Im Sinne Jesu Christi an den Bemühungen um eine bessere Welt teilnehmen heißt darum wissen, daß der Friede auf Erden zum Vorletzten gehört.

Das Hauptziel aller Friedensbemühungen, auch der von Christen und Kirchen, ist es, den Krieg aus dem Leben der Völker zu verbannen. Mit der Erreichung dieses Zieles bricht keineswegs das Reich Gottes an. Auch eine Welt ohne Krieg bleibt unter dem Gesetz der Sünde. In ihr wird es weiterhin menschliche und gesellschaftliche Verstrickungen, Schuld und Fehlentwicklungen geben. Die KEK-Konsultation über „Die KSZE und die Kirchen“ in Buckow Ende Oktober vorigen Jahres hat in ihrem Schlußkommuniqué daran erinnert, daß ein christlicher Beitrag zum Frieden „ohne die Nüchternheit des biblischen Menschenbildes nicht auskommen“ könne. Aus der Einsicht in diesen Tatbestand haben Christen häufig den Schluß gezogen, daß es sinnlos und eitel sei, etwas zur Besserung der Welt zu tun. Damit aber verleugnen sie ihren Auftrag, der es nicht zuläßt, sich mit Unfrieden und Ungerechtigkeit, Elend und Not abzufinden. Um mehr Frieden und mehr soziale Gerechtigkeit, darum geht es in der Friedensarbeit.

Das Wissen darum, daß der Frieden auf Erden – im Sinne

Bonhoeffers – zum Vorletzten gehört, verleiht unserem Friedensdienst die nötige Nüchternheit und bewahrt vor Enttäuschung. Diese Nüchternheit schließt Bescheidenheit ein. Der Friede ist heute ein globales Problem. Keine einzelne Nation – verfüge sie auch über noch so viel Macht –, geschweige denn einzelne Gruppen oder Bevölkerungsschichten sind allein imstande, den Frieden zu sichern. Eine dauerhafte Friedensordnung in der Welt kann nur im Ergebnis der kontinuierlichen Anstrengungen aller Gruppen, Völker und Staaten errichtet werden. Das verpflichtet uns zu einem Beitrag. Denn „die Verantwortung der Christen für den Frieden ist zu allen Zeiten und unter allen Umständen eine so unmittelbare und umfassende, daß ihre Existenz als Christen damit auf dem Spiele steht“, hat Werner Schmauch 1959 gesagt. Das aber heißt: unser Beitrag ist unersetzlich. Daß es trotzdem nur ein Beitrag bleibt, verpflichtet zur Bescheidenheit.

Nüchternheit schlägt leicht in Resignation um. Angesichts der globalen Ausmaße, die die Aufgabe der Gestaltung des Friedens heute angenommen hat, erscheint häufig das, was wir zu tun imstande sind, als völlig nutzlos. Aber weil Gottes Wille mit den Menschen Friede ist und weil er uns als Mitarbeiter in sein Friedenswerk berufen hat, können wir uns nicht der Resignation überlassen, wenn wir in der Nachfolge Jesu bleiben wollen. Wir würden damit das Evangelium, das eine Botschaft der Hoffnung ist, verleugnen. Christlicher Friedensdienst vollzieht sich in der Spannung von Nüchternheit und Hoffnung.

3. Im Sinne Jesu Christi an den Bemühungen um eine bessere Welt teilnehmen vermittelt die Erfahrung, daß christlicher Friedensdienst Kampf ist, der Einsatz erfordert und Opfer kostet.

Es gibt ein Jesuswort, das auf den ersten Blick das Gegenteil von all dem zu sagen scheint, was in den ersten beiden Punkten festgestellt wurde. Es steht Matth. 10, 34: „Ihr sollt nicht wähnen, daß ich gekommen bin, Frieden zu bringen auf die Erde. Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert.“ Betrachtet man dieses Wort im Kontext, dann wird deutlich, daß es keineswegs die Fülle der alt- und neutestamentlichen Aussagen, die Gottes Friedenswillen mit der Menschheit bezeugen, aufhebt oder auch nur einschränkt. Es ist an die Jünger gerichtet und korrigiert deren Auffassung, daß der von Gott verheißene Friede zuerst den Jüngern gelte. Als Christen

sollten wir wissen, daß Friede in unserem Verständnis niemals zuerst Friede für uns sein kann, sondern immer primär Friede für die anderen, Friede, den wir anderen schaffen helfen sollten – und daß genau dieser Auftrag uns selbst in Unfrieden, Spannungen, Auseinandersetzungen stürzt. Er führt dazu, daß „der Vater wider den Sohn und der Sohn wider den Vater, die Mutter wider die Tochter und die Tochter wider die Mutter, die Schwiegermutter wider die Schwiegertochter und die Schwiegertochter wider die Schwiegermutter“ streiten, wie es bei Lukas zur selben Stelle heißt (12, 53).

Man kann die Aussagen des Neuen Testaments zu diesem Sachverhalt so zusammenfassen: der Welt den Frieden – den Friedensstiftern das Schwert, den Streit. Wer sich in der Nachfolge Jesu auf den Friedensdienst eingelassen hat, der weiß, daß das keine billige Sache ist. Es führt in einen geistlichen Kampf. Es fordert Opfer an Zeit und Kraft. Es führt in Spannungen zur eigenen Familie (die häufig in kaum zu verantwortender Weise vernachlässigt wird) und zur Gemeinde und Kirche, die dadurch aus manchen Gewohnheiten aufgeschreckt werden. Daß christlicher Friedensdienst immer wieder Unfrieden in die Reihen derer bringt, die physisch oder geistlich zu einer Familie gehören, ist jedenfalls nach dem Neuen Testament nichts Außergewöhnliches, sondern normal.

Letztlich entscheidet sich genau hier, ob wir Jesus als unseren Herrn anerkennen. „Wer Vater oder Mutter mehr liebt als mich“, so sagt er nach dem Matthäustext (10, 37 f.), „der ist mein nicht wert; und wer Sohn und Tochter mehr liebt als mich, der ist mein nicht wert. Und wer nicht sein Kreuz auf sich nimmt und folgt mir nach, der ist mein nicht wert.“ Daß wir Frieden mit Gott hätten, dafür hat Jesus mit seinem Leben am Kreuz bezahlt. Wie könnten wir wännen, daß Friedensstiften in seiner Nachfolge uns keine Opfer kostete!

4. Im Sinne Jesu Christi an den Bemühungen um eine bessere Welt teilnehmen erfordert Parteinarbeit.

Christlicher Friedensdienst ist Kampf nicht nur im geistlichen, sondern auch im politischen Sinne.

Häufig wird die Ansicht vertreten, daß Christen, wenn sie Frieden stiften wollen, zwischen die kämpfenden Parteien zu treten und in dieser Position den Versuch der Versöhnung dieser Parteien zu machen hätten. In Ausnahmefällen kann dies wohl einmal notwendig sein. Aber im allgemeinen entspricht ein solches Herangehen nicht der Haltung Jesu.

Zunächst einmal beschreibt der neutestamentliche Begriff der Versöhnung in erster Linie nicht ein Geschehen zwischen Menschen oder Menschengruppen, die verfeindet sind, sondern etwas, das sich zwischen Gott und Menschen ereignet und wobei Gott durch seinen Sohn Jesus Christus einseitig aktiv wird (vgl. 2. Kor. 5, 18 ff.). Und dort, wo Versöhnung als ein Vorgang zwischen Menschen beschrieben wird, geht es keineswegs um eine wechselseitige Annäherung verfeindeter Parteien. Es geht vielmehr darum, daß der, der Unrecht getan hat, dieses Unrecht wiedergutmacht. Das ist Voraussetzung für Versöhnung. „Wenn du deine Gabe auf dem Altar opferst und wirst alida eingedenk, daß dein Bruder etwas wider dich habe, so laß vor dem Altar deine Gabe und gehe zuvor hin und verfühne dich mit deinem Bruder“ (Matth. 5, 23 f.).

Jesus verfühnt nicht Arme und Reiche miteinander; er nimmt Partei. Sicher, er ist ausnahmslos für alle Menschen gestorben. Aber dieses „Für alle“ wird in unterschiedlicher Weise konkret: für die Armen ganz anders als für die Reichen. Er stellt sich an die Seite der Armen und ruft die Seinen auf, Hungerige zu speisen, Nackte zu kleiden, mit Gefangenen solidarisch zu sein (Matth. 25, 35 ff.). Die Reichen ruft er aus Besitz und Eigentum heraus (Luk. 18, 18 ff.). So nimmt er für die Armen Partei und gegen die Reichen; für die Unterdrückten und gegen die Unterdrücker; für die, die Unrecht leiden, und gegen die, die Unrecht tun. Die universale Botschaft des Evangeliums nimmt in parteileichem Handeln Gestalt an. So kann auch unser Friedensdienst nicht aus einer Zuschauerhaltung heraus über den Fronten der kämpfenden Parteien geschehen. Wir haben in der jeweiligen Situation zu prüfen, welcher Vorschlag, welche Aktion, welche politische Konzeption dem Frieden dient und welche Haltung, welcher Trend der Gestaltung einer dauerhaften Friedensordnung Hindernisse in den Weg legt. Und nach solcher Prüfung nehmen wir Partei. Nur so können wir einen Beitrag leisten zu den Bemühungen um eine bessere Welt.

II.

Die bessere Welt, an deren Gestaltung wir als Christen mitwirken wollen, läßt sich nur schrittweise in einem Prozeß verwirklichen, der viele Etappen durchläuft und oft auch von Rückschlägen gekennzeichnet ist. Darum ist es wichtig, die Zeichen der Zeit, das heißt die Hauptmerkmale der jeweiligen Entwicklungsetappe zu erkennen. Nur so läßt sich herausfinden, an welchen Punkten und bei welchen Aufgaben unser Einsatz gegenwärtig erforderlich ist. Die Begriffe „Befreiung“ und

„Entspannung“ können uns bei der Analyse der Weltsituation helfen: sie bezeichnen wichtige Entwicklungstrende, von denen die Völker heute bewegt werden.

Unter Befreiung verstehen wir jene historische Bewegung, die Ausbeutung, Armut, soziale Ungerechtigkeit, Diskriminierung und andere Formen der Unfreiheit überwinden will. Sie hat wesentliche Anstöße von der Arbeiterbewegung erhalten und in der Oktoberrevolution einen Höhepunkt erreicht. Nach dem zweiten Weltkrieg hat sie sich weiter ausgebreitet und vielfach verzweigt. Viele von uns würden sie als den Prozeß des revolutionären Übergangs unserer Welt vom Kapitalismus zum Sozialismus beschreiben. Andere benützen dafür allgemeinere Begriffe. Die CFK-Regionalkonferenz in der DDR hat sich auf ihrer Jahrestagung 1975 mit dem Thema „Evangelium und Solidarität“ beschäftigt und in einer Erklärung dazu unter anderem festgestellt: „Wir sehen, wie die Bewegung zur Befreiung, ausgehend von der Arbeiterbewegung, ständig wächst. Solidarität bedeutet für uns die parteinehmende Eingliederung in diese Bewegung, die zum Merkmal unserer Zeit geworden ist.“

Während Befreiung das Übergreifende ist, bezeichnet der Begriff „Entspannung“ eine besondere Konstellation in diesem Entwicklungsprozeß. Fidel Castro sagte in seinem Bericht vor dem Parteitag der kubanischen KP: „In diesen Jahren war das entscheidende Merkmal der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, der Abbau internationaler Spannungen. Ohne dieses Merkmal in Betracht zu ziehen, ist es unmöglich, die Veränderungen zu verstehen, die sich in unserer eigenen Region vollzogen haben.“ Und er beschreibt „Entspannung als das Resultat eines langen Kampfes, in dem die Prinzipien, die Lenin in der Zeit der Gründung des ersten sozialistischen Staates über die Möglichkeiten und Vorteile der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung formuliert hat, sich gegen den hartnäckigen Widerstand der reaktionärsten Elemente des Imperialismus durchsetzten“ (Granma, 4. 1. 1976, englische Ausgabe).

1. Entspannung

Der kubanische Ministerpräsident weist hier auf die Wechselbeziehungen zwischen Entspannung und Befreiung hin. Das ist wichtig. Denn formal betrachtet kann Entspannung, also der Abbau von Spannungen zwischen politischen Mächtigkeitsgruppen, auch negative Auswirkungen auf den Befreiungsprozeß haben.

Ein Beispiel dafür: Nicht nur in Europa wird im Augenblick von Entspannung gesprochen – seit einigen Jahren entwickelt auch der Ministerpräsident des rassistischen Regimes in der Südafrikanischen Republik, Vorster, eine Politik der „détente“. Durch die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses und die Erfolge im Befreiungskampf der afrikanischen Völker, besonders in den ehemaligen portugiesischen Kolonien, zunehmend unter Druck gesetzt, bietet er den schwarz-afrikanischen Staaten Entspannung, Dialog und Kontakte an. „Entspannung ist hier eine Strategie des Imperialismus, mit deren Hilfe der ANC (Afrikanischer Nationalkongreß), die Befreiungsarmee und die KP Südafrika niedergeworfen werden sollen“, schreibt Mava Lobengula in „The African Communist“ 4/75. Die Verstärkung des Druckes auf Rassisten und andere Unterdrücker dient der Befreiung. Entspannung würde hier diejenigen Kräfte stärken, die den Befreiungsprozeß hemmen.

Wie steht es mit dem Entspannungsprozeß in Europa? Ihren bisher größten Erfolg hat die Entspannungspolitik zweifellos mit dem Abschluß der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa errungen. Die führenden Staatsmänner der kapitalistischen und der sozialistischen Länder Europas sowie der USA und Kanadas setzten am 1. August 1975 in Helsinki ihre Unterschrift unter ein Dokument, das Grundprinzipien und Richtlinien für weitere Entspannung und Zusammenarbeit enthält.

Genau ein Vierteljahr später, Ende Oktober 1975, veranstaltete die Konferenz Europäischer Kirchen in Bukow/DDR eine Konsultation, auf der etwa 70 Kirchenvertreter aus den gleichen Staaten darüber nachdachten, welchen Beitrag die Kirchen zur Verwirklichung der Beschlüsse von Helsinki leisten könnten. Ich möchte einige Bemerkungen zu dieser Konsultation machen, nicht nur weil ich selbst daran teilgenommen habe, sondern vor allem weil die Konsultationsergebnisse deutlich machen, vor welchen Aufgaben wir heute stehen.

Da wäre zunächst viel Positives zu sagen:

- Die Teilnehmer gingen davon aus, daß Friedensarbeit ein integrierender Bestandteil des kirchlichen Auftrages ist.
- Die Teilnehmer bejahten die Ergebnisse der KSZE und setzten sich dafür ein, daß die Dokumente von Helsinki in den Kirchen verbreitet und diskutiert werden. Das ist angesichts der Anti-Helsinki-Stimmung in vielen westlichen Ländern alles andere als eine bloß formale Zustimmung.
- Die Teilnehmer betonten die Einheit und Zusammengehörig-

keit aller Festlegungen von Helsinki; sie wiesen das von außen herangetragene Ansinnen (etwa des SPD-Vorsitzenden W. Brandt) zurück, die Bestimmungen des sogenannten „Korbes 3“ als bevorzugten Verantwortungsbereich für die Kirchen zu erklären.

- Die Teilnehmer sprachen sich dafür aus, daß die politische Entspannung durch eine militärische ergänzt werden müsse, und forderten konkrete Abrüstungsschritte.

Soweit die positiven Ergebnisse. Aber an einem entscheidenden Punkt war die Konsultation nicht konsequent genug. Sie verstand den Text der Schlußakte so, als ob hinsichtlich ihrer Verwirklichung kein wesentlicher Unterschied bestehe zwischen Staatsmännern und Kirchenvertretern. Die Tatsache, daß bei der Erreichung des Konsensus von Helsinki auf die Beschreibung der gesellschaftlichen Unterschiede zwischen Kapitalismus und Sozialismus verzichtet werden mußte, wurde von manchen Kirchenmännern so interpretiert, daß für den künftigen christlichen Beitrag zur Fortführung des Entspannungsprozesses in Europa eben diese Unterschiede irrelevant seien. Darin aber offenbart sich eine fundamentale Verkennung des Wesens des Entspannungsprozesses, der nur im Ergebnis eines harten Kampfes gegen die reaktionärsten imperialistischen Kräfte eingeleitet und durchgesetzt werden konnte.

Es ist nicht verwunderlich, daß der Begriff der friedlichen Koexistenz im Text der Schlußakte von Helsinki nicht erscheint. Die Konzeption der friedlichen Koexistenz geht davon aus, daß der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus unversöhnlich ist, daß die Austragung dieses Gegensatzes aber nicht notwendig zum Krieg führen müsse, daß im Gegenteil eine friedliche Austragung im Sinne des Sozialismus liegt. Aus diesem Grunde gelte es, mit den vernünftigen, realistisch denkenden Vertretern des Kapitalismus Formen vor allem der ökonomischen Zusammenarbeit zu entwickeln und die offen aggressiven Kräfte des Imperialismus zurückzudrängen. Diese Konzeption ist zu eindeutig antiimperialistisch, als daß sie auch von den realistisch denkenden Vertretern des Kapitalismus in Helsinki hätte akzeptiert werden können.

Aber auch die KEK-Konsultation nahm den Begriff der friedlichen Koexistenz nicht auf, als sie versuchte, die Friedensverantwortung der Kirchen zu beschreiben. Entsprechende Vorstöße der CFK-Teilnehmer in Buckow, die darauf hinwiesen, daß auch nach Helsinki neben der stärker werdenden Zusammenarbeit die Auseinandersetzung und der Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus mit friedlichen Mitteln weitergehen, wurden zumeist mit dem Hinweis darauf beantwortet,

daß mehr Frieden in Europa allen Völkern zugute komme und daß es in Helsinki weder Sieger noch Besiegte gegeben habe. Das stimmt zwar, soweit es sich auf die in Helsinki versammelten Staatsmänner und auf die Völker Europas bezieht. Sieht man sich aber in den Ländern Westeuropas und der USA um, dann wird man sehr schnell einflußreiche Gruppen und Kräfte finden, die Helsinki als eine Niederlage empfunden haben. Ich denke dabei an die Rechtskräfte in den verschiedenen Ländern, die meist verbunden sind mit dem militärisch-industriellen Komplex. Sie haben in der Zwischenzeit in massiver Weise sichtbar gemacht, daß sie nicht so schnell bereit sind, sich mit dieser Niederlage abzufinden. Sie haben eine Kampagne des Antikommunismus und Antisowjetismus entfesselt, die manches bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Und sie haben damit demonstriert, daß der politisch-ideologische Kampf weitergeht und an Schärfe kaum verloren hat.

Das aber heißt für uns: auch in der Zeit der Entspannung wird christlicher Friedensdienst geprägt sein von klarer Parteilnahme. Wer sich gegenüber diesem neuen psychologischen Krieg gegen den Sozialismus neutral verhält, versäumt seinen Friedensdienst. Es gehört zu unserer Verantwortung in der jetzigen Situation, den Entspannungsprozeß gegenüber solchen Angriffen zu verteidigen. Dabei ist es wichtig, zwischen ideologischer Auseinandersetzung und psychologischem Krieg zu unterscheiden. Die ideologische Auseinandersetzung entsteht aus der Tatsache, daß zwei Gesellschaftssysteme auf unserem Erdball nebeneinander bestehen, von denen jeweils das eine das andere ausschließt. Das Verhältnis, in dem sie zueinander stehen, kann im Zeichen der friedlichen Koexistenz nur das des Wettbewerbs sein, und Wettbewerb ist eine Form friedlichen Kampfes, der sachlich und fair geführt werden sollte. Der psychologische Krieg dagegen arbeitet mit den Mitteln der Lüge und Verleumdung, der Fälschung und Manipulation. Das widerspricht dem Geist der friedlichen Koexistenz und des fairen Wettbewerbs. Die CFK verfügt über eine gute Tradition im Kampf gegen die Methoden des psychologischen Krieges, auf sie sollten wir jetzt zurückgreifen. Das würde unter anderem bedeuten, daß wir vor allem den Mißbrauch religiöser Gefühle und kirchlicher Einrichtungen für Zwecke des psychologischen Krieges aufdecken sollten.

Ein Feld, auf dem der psychologische Krieg gegen die Entspannung heute von westlichen Massenmedien mit besonderer Intensität und Raffinesse geführt wird, ist das der Abrüstung. Jedermann weiß, daß der Prozeß der Entspannung auf

die Dauer nur dann unumkehrbar gemacht werden kann, wenn es gelingt, die politische Entspannung durch die militärische zu ergänzen. Deshalb sind weitere konkrete Abrüstungsschritte in der gegenwärtigen Situation von größter Bedeutung. Aber aus dem gleichen Grunde richten die Entspannungsgegner ihren Hauptangriff gegen die Vorbereitung und Ermöglichung solcher Schritte. Von interessierten Vertretern des militärisch-industriellen Komplexes werden „Informationen“ über eine angeblich verstärkte Aufrüstung und eine damit wachsende militärische Überlegenheit der Sowjetunion und des Warschauer Paktes lanciert.

Nun wird man zunächst einmal objektiv feststellen müssen, daß die militärische Stärke sozialistischer Staaten noch niemals den Weltfrieden gefährdete; sie wirkte im Gegenteil friedenssichernd. Der zweite Weltkrieg wurde vom deutschen Faschismus ausgelöst und der Vietnamkrieg durch den USA-Imperialismus. In beiden Fällen half der Einsatz sowjetischer Waffen, den Krieg zu beenden und den Frieden wiederherzustellen. Die in Köln erscheinenden „Blätter für deutsche und internationale Politik“ stellen in ihrem Februarheft 1976 fest: „Seit ein Welt-system sozialistischer Staaten entstanden ist und der kapitalistischen Welt auch militärisch pari bieten kann, geht die sowjetische Politik und Theorie ausdrücklich von der Vermeidbarkeit von Kriegen aus . . . Jahrzehntelang war die NATO der Sowjetunion und ihren Verbündeten militärisch überlegen, aber zum Durchbruch der Entspannung kam es erst zu einem Zeitpunkt, als nicht mehr zu übersehen war, daß die Gegenseite mit der NATO gleichgezogen hatte. Wollte man also aus der bisherigen Erfahrung eine Formel ableiten, dann diese: Entspannung ist dann möglich, wenn der Kapitalismus eine militärische Überlegenheit nicht für erreichbar hält.“ (Karl D. Bredthauer: „Ende der Entspannung?“)

So wichtig die Existenz eines „strategischen Gleichgewichts“ als Voraussetzung für die Einschränkung des Wettrüstens ist (E. Primakow, Moskau: „Die politische Entspannung und das Problem der Abrüstung“, IPW-Berichte Berlin 1/76), so wenig kann dieses strategische Gleichgewicht als arithmetische Gleichheit verstanden werden. Das konkrete Sicherheitsbedürfnis jedes Staates ergibt sich aus seinen geographischen Bedingungen, seiner Bevölkerungsverteilung und -dichte, seinem Verkehrsnetz, seinen geschichtlichen Erfahrungen und anderen Faktoren. Es ist eine qualitative Größe, die nicht quantitativ mit dem Sicherheitsbedürfnis eines anderen Staates verglichen werden kann. Deshalb gehen die sozialistischen Staaten etwa bei den Wiener Verhandlungen über Truppenreduzierungen in

Europa von dem Prinzip der gleichen Sicherheit aus. Ihre Vorschläge laufen darauf hinaus, daß das jetzt erreichte militärische Niveau gleichmäßig reduziert werden soll, während die westlichen Vorschläge diesen jetzt erreichten Stand zu ihren Gunsten korrigieren wollen.

Es liegt auf der Hand, daß das Herangehen der westlichen Staaten an diese gewiß komplizierte Aufgabe dem weiteren Rüstungswettlauf alle Türen offenhält. Demgegenüber besteht das Realistische und Vernünftige der Vorschläge der sozialistischen Länder darin, daß morgen mit ihrer Verwirklichung begonnen werden könnte und daß damit zunächst der weitere, immer mehr Ressourcen verschlingende Wettlauf gestoppt werden könnte. Darüber hinaus gibt die Sowjetunion durch ihr eigenes Verhalten ein Beispiel. Sie hat im vorigen Jahr erklärt, daß sie ihre Ausgaben für Verteidigungszwecke zunächst nicht weiter erhöhen wolle. Wie der Finanzminister der UdSSR bei der Begründung des Staatshaushalts im Dezember 1975 mitteilte, führe das zu einer Senkung des Anteils der Verteidigungsausgaben am Gesamtbudget. Die 17,4 Milliarden Rubel, die dafür eingesetzt seien, machten 1975 noch 8,4 Prozent und 1976 nur noch 7,8 Prozent der Gesamtausgaben aus.

Zu den wesentlichsten Aufgaben der CFK in der gegenwärtigen Situation gehört die Formierung eines Abrüstungsbewußtseins durch Information und Abwehr der Verfälschungsversuche des psychologischen Krieges. Damit werden Voraussetzungen für echte Abrüstungsmaßnahmen geschaffen.

Schließlich schicken sich die Entspannungsgegner an, die Entspannung ganz totzusagen, wie das einige Zeitungen in den USA taten. Die Entspannung müsse durch einen neuen kalten Krieg abgelöst werden – wird da gesagt –, denn sie habe einseitig dem Osten Vorteile gebracht. Auch das stimmt nicht. Die Politik der friedlichen Koexistenz ist zwar ihrem Wesen nach antiimperialistisch; aber sie kann realistischerweise vom imperialistischen Gegner nicht die Kapitulation fordern; sie bietet realistischen Vertretern des Kapitalismus auch Chancen und Vorteile. Das heißt, sie trägt streckenweise Kompromißcharakter. Das ist auch ein Grund dafür, daß zu ihrer Verwirklichung Diplomatie allein nicht ausreicht. Einsatz und Bewußtsein von Volksbewegungen – wie etwa der Friedensbewegung – entscheiden häufig, zu wessen Gunsten letztlich ein Kompromiß in dieser oder jener Sache ausgeht.

Im Gegensatz zur Zweckpropaganda des psychologischen Krieges stellt die westdeutsche Wochenzeitung „Die Zeit“ am 30. Januar 1976 fest: „Die Entspannung hat sich auch für den Westen gelohnt.“ Dies wird folgendermaßen begründet: „Sie

eröffnete den Amerikanern, als sie sich hoffnungslos in den Dschungel Vietnams verrannt hatten, ein neues, reputierliches Feld auswärtiger Politik. Sie gestattete Washington und Moskau wenigstens einen Anfang bei der Begrenzung der strategischen Rüstungen. Sie gab der Bundesrepublik die Möglichkeit, ihren Sonderkonflikt mit Osteuropa abzubauen, den von Deutschland begonnenen und verlorenen zweiten Weltkrieg für alle praktischen Zwecke zu beenden und gegenüber dem europäischen Osten Politik fortan nicht mehr aus schlechtem Gewissen, sondern aus kühler Interessenabwägung zu treiben. Sie verbesserte den Kontakt zwischen den Deutschen hüben und drüben. Sie machte aus dem Pulverfaß (West-)Berlin, das zweimal binnen zwanzig Jahren beinahe den dritten Weltkrieg ausgelöst hätte, eine relativ harmlose Reibungsfläche, die seit vier Jahren allerdings kalte Funken sprüht. Europa ist noch immer die Walstatt ostwestlicher Rivalität, aber es ist nicht länger die gefährdetste, gefährlichste Krisenzone der Erde.“

Entspannung hat im Gegenüber von Kapitalismus und Sozialismus in Europa, wo sich die am modernsten ausgerüsteten Militärbündnisse der Welt gegenüberstehen, eine ganz andere Funktion als in der politischen Konzeption Vorsters im südlichen Afrika. Sie ist hier darauf angelegt, Spannungen, die unfruchtbar und angesichts des Standes der modernen Waffentechnik für die Menschheit lebensgefährlich sind, zu entschärfen und in die Form eines friedlichen Wettbewerbs überzuleiten, der schöpferische Kräfte freisetzt, statt solche Kräfte niederzuhalten oder in der Atmosphäre des psychologischen Krieges zu vergiften. Trotzdem bleibt Entspannung eine Konzeption des Kampfes zur Zurückdrängung der aggressivsten Kräfte des Imperialismus. Je mehr es gelingt, diesen Kräften Machtpositionen zu entwenden, desto größer wird der Spielraum für die Befreiungsbewegungen in unserer Welt. Das ist der Zusammenhang zwischen Entspannung und Befreiung.

2. Befreiung

Das Ziel der Entspannung ist also keineswegs eine Art formaler Ausgleich zwischen den hochentwickelten Industriestaaten des Kapitalismus und des Sozialismus, in dessen Gefolge es zu einer Aufteilung der Welt in Einflußsphären und zum Einfrieren des gesellschaftlichen Statuts quo käme. USA-Außenminister *Kissinger* und andere führende Strategen des Imperialismus möchten Entspannung gern so verstehen und aus ihr

ein Mittel zur Eindämmung des Befreiungsprozesses machen. Aber das ist nicht das Entspannungsverständnis der sozialistischen Staaten und der Friedensbewegung. In jüngster Zeit lieferte Angola ein eindeutiges Beispiel dafür, daß friedliche Koexistenz und Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung sich keineswegs ausschließen. Die Unterstützung, die Kuba und die Sowjetunion – sei es durch direkte militärische Hilfe oder durch Lieferung von militärischen Ausrüstungen – der MPLA zuteil werden ließen, wird von progressiven Kräften Afrikas und in anderen Teilen der Welt als natürlich und keineswegs als im Widerspruch zur Entspannungspolitik stehend empfunden.

Die in London erscheinende Monatsschrift „Africa“ bringt in ihrer Februarausgabe 1976 eine Sammlung von Leserbriefen zu Angola. Die große Mehrheit der Absender spricht sich eindeutig für die gerechte Sache der MPLA aus. Da schreibt ein Portugiese, der längere Jahre in den früheren portugiesischen Kolonien verbrachte: „Für Angola muß ich sagen, daß die einzige Befreiungsbewegung, die entschieden gegen die Unterdrückerregimes Salazars und Caetanos kämpfte, die MPLA war.“ Die meisten Briefschreiber ordnen die Vorgänge in Angola gleichzeitig in internationale Zusammenhänge ein. Ein Nigerianer schreibt: „Es ist an der Zeit, daß Afrika seine wahren Freunde erkennt. Algerien, Mozambique, Guinea-Bissau wurden alle mit Waffengewalt befreit und durch Hilfe Rußlands und seiner Verbündeter.“ Ein Ghanese stellt fest: „Die Sowjetunion stand konsequent an der Seite der afrikanischen Länder während ihres Kampfes um Befreiung vom Kolonialismus. Antikommunistische Hexenjagd gehört nicht zu den Prioritäten Afrikas, sondern Befreiung vom Imperialismus.“ Nach einer Meldung der „Japan Times“ vom 3. März sagte der Generalsekretär des Britischen Commonwealth, *Shridath Ramphal*, ein Guayaner indianischer Herkunft: „Für Afrikaner stellen Kubaner und Russen nicht eine kommunistische Bedrohung oder eine Art fremder Präsenz dar, sondern eine Hilfe, auf die sie als unterdrückte, geknechtete und niedergehaltene Völker einen Anspruch haben.“

Daß diese Hilfe zur Befreiung in Angola so schnell und so erfolgreich wirksam werden konnte, hängt mit der Tatsache zusammen, daß die MPLA ein klares politisches und strategisches Konzept zur endgültigen Befreiung des Landes von Kolonialismus und ausländischer Intervention hat. Solidarische Hilfe – so wichtig sie ist – bleibt immer etwas Sekundäres. Die Grundentscheidungen müssen von den progressiven Kräften im Lande selbst gefällt und durchgekämpft werden. In einem

solchen Falle kann die Unterstützung von außen im Geiste antiimperialistischer Solidarität voll effektiv werden. Dort, wo die innere Situation des Befreiungskampfes selbst noch ungeklärt ist, kann eine Klärung nicht durch ein Eingreifen von außen herbeigeführt werden.

Vor allem aber muß festgestellt werden: Radikale Programme, revolutionäre Reden und mutige Einzelaktionen müssen nicht Zeichen eines wirklichen Befreiungsprozesses sein. Wir haben seit der Mitte der sechziger Jahre das Aufkommen linksradikaler Gruppen erlebt, die sich unter anderem auch in der Kritik an der angeblich mangelhaften Unterstützung der revolutionären Weltbewegung durch die sozialistischen Staaten gefielen und die die Entspannungspolitik als Verrat an der Revolution ablehnten. Viele dieser Gruppen, die gegen Ende der sechziger Jahre vor allem unter der Jugend starke Resonanz fanden, sind ebenso schnell von der politischen Bühne verschwunden, wie sie seinerzeit auftauchten. Andere fristen ein Winkeldasein, aus dem heraus sie gelegentlich immer noch politische Verwirrung stiften. Einige der Führer solcher Gruppen sind inzwischen offen auf die Seite des Imperialismus getreten, wie etwa der Black-Panther-Führer Eldridge Cleaver, der jetzt seine Zuneigung zur US-Armee entdeckt hat, die ihre militärische Schlagkraft angesichts einer angeblichen kommunistischen Bedrohung erhöhen müsse. Cleaver hat damit nur ein weiteres Beispiel geliefert für politisches Schwanken, das charakteristisch ist für kleinbürgerliche Intellektuelle, sofern es ihnen nicht gelingt, sich dauerhaft auf die von der Arbeiterklasse geführten revolutionären Hauptkräfte zu orientieren.

Diese Erfahrung, die gerade von jungen Leuten als schmerzlich empfunden wird, sollte unseren Blick schärfen für das, was wirklich politischer, sozialer und ökonomischer Befreiung dient. Ohne das Studium geschichtlicher Gesetzmäßigkeiten, ohne das Wissen um gesellschaftliche Zusammenhänge wird man auch als Christ kaum seinen Platz in diesem weitgespannten Prozeß menschlicher Emanzipation finden können.

Unser niederländischer Freund Koos Koster, der von 1970 bis zum faschistischen Putsch in Chile arbeitete und jetzt in Peru wirkt, hat kürzlich in einem Interview mit der „Neuen Zeit“ (Berlin, DDR – 10. 3. 1976) einige Erfahrungen von Christen in Lateinamerika reflektiert. Er berichtet von der Arbeit der Priestergruppe ONIS in Peru, die von dem Theologen Gustavo Gutierrez geleitet wird. Gefragt, wie es mit der von Gutierrez wesentlich mitkonzipierten Theologie der Befreiung heute stehe, antwortet er: „Ich glaube, man muß hier zwei Phasen unterscheiden. In der ersten wurde man sich mittels

der marxistischen Gesellschaftsanalyse über die ungerechten Strukturen, über das menschenfeindliche Wesen des Kapitalismus, der schuld an der Unterentwicklung der lateinamerikanischen Länder ist, klar. Man redete viel über die ‚Theologie der Befreiung‘, aber man befreite wenig, redete von der Abschaffung der Ausbeutung, aber übersah, daß man dieses Ziel nur mit dem Volk verwirklichen kann. Spätestens seit den furchtbaren Ereignissen in Chile ist der gewisse Romantizismus, der Utopismus und die Begeisterung, mit den Massen den Sozialismus bereits morgen oder in drei Jahren aufzubauen, vorüber. Man ist nüchterner, realistischer geworden, man hat erkannt, daß die zentrale Frage jeder Revolution die Machtfrage ist.“

Das wissen die Repräsentanten der Arbeiterbewegung, seit Marx und Engels die Mechanismen des Klassenkampfes aufgedeckt haben und seit Lenin die Strategie des revolutionären Kampfes im Zeitalter des Imperialismus formulierte. Deshalb ist es auch kein Zufall, daß sie – im Gegensatz zu linksradikalen Gruppen – sehen, daß die Entspannung als Ausdruck der weiteren Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Friedens und des Sozialismus der Arbeiterbewegung innerhalb der kapitalistischen Länder neue Möglichkeiten des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung eröffnet. So stellt der verantwortliche Redakteur der Monatsschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Pavel Auersperg, fest: „Zweifelsohne erschwert die Entspannung den aggressiven Kräften des Imperialismus in höchstem Maße das Manövrieren, durchkreuzt deren Pläne des plumpen, offenen Exports der Konterrevolution und schafft günstigere äußere Bedingungen für die Entwicklung des revolutionären Kampfes. Sie trägt zur moralischen und politischen Isolierung der inneren Reaktion bei“ (3/76). Und der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Dänemarks, Knud Jespersen, weist darauf hin, daß der Entspannungsprozeß dazu geführt hat, daß in den kapitalistischen Ländern die inneren sozialen Probleme immer mehr in den Mittelpunkt des politischen Lebens rücken: „Schärfer wird die Konfrontation zwischen der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten einerseits und der Monopolbourgeoisie andererseits. Neue Wege eröffnen sich für den sozialen Fortschritt. Aber wir haben allen Grund, daran zu erinnern, daß die neuen Möglichkeiten entscheidend bedingt sind durch die Erfolge bei der Gewährleistung der friedlichen Koexistenz, vor allem durch den Beitrag der sozialistischen Länder sowie durch den Kampf aller fortschrittlichen Kräfte“ (Probleme des Friedens und des Sozialismus 12/75).

Die sozialistischen Länder unterstützen den Emanzipationsprozeß in der Welt nicht nur politisch, sondern auch durch ökonomisch-technische Hilfe. Angesichts der Tatsache, daß ihr ökonomisches Potential noch nicht den Umfang des Potentials der kapitalistischen Industriestaaten erreicht hat, helfen sie in erster Linie jenen befreiten Ländern und Gebieten, die unter einem besonders starken Druck des Imperialismus stehen. Das waren für lange Zeit und sind in gewissem Sinne noch heute: Vietnam, Kuba, Mozambique und Angola. Bevölkerung und Regierung der DDR geben seit Jahren durchschnittlich 2 Prozent des Nationaleinkommens für solche Unterstützung (wie Prof. Dr. H. Faulwetter, Direktor des Instituts für Entwicklungsländer an der Hochschule für Ökonomie in Berlin, kürzlich auf einem CFK-Seminar mitteilte). Für uns und für manche anderen sozialistischen Länder, die vielleicht noch mehr dafür einsetzen, obwohl sie vor riesigen Entwicklungsproblemen im Innern stehen, ist das kein geringer Betrag.

Ich las kürzlich in einer Reisebeschreibung eines DDR-Schriftstellers über die Sowjetunion einen Satz, der mich bewegte, weil er sichtbar machte, daß und wie solche Solidarität für die Menschen in den sozialistischen Ländern nicht nur Almosen, sondern Opfer ist. Konfrontiert mit sozialen Unzulänglichkeiten, von denen er gemeint hatte, daß sie im ersten Land des Sozialismus schon längst hätten überwunden sein müssen, schreibt er dann: „Ich hatte ganz vergessen, daß die Sowjetunion nicht nur die Hauptlast des Krieges getragen hat, sondern heute auch die Hauptlast des Friedens trägt.“ (Karl-Heinz Jakob: „Einmal Tschingis-Khan sein“).

Der Prozeß nationaler und sozialer Befreiung in der Welt wird in zunehmendem Maße von neuen Faktoren bestimmt, die auch eine Friedensbewegung zur Kenntnis nehmen muß, wenn sie erfolgreich arbeiten will.

Nachdem die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der Länder des Sozialismus den Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika neuen Spielraum geschaffen hat, wirken nun die Erfolge dieser Befreiungsbewegungen auch stärker auf Europa und die USA selbst zurück. Ein Beispiel dafür ist Portugal, das in wenigen Tagen den zweiten Jahrestag des Sturzes des faschistischen Regimes begeht. Wir haben schon damals gesagt, daß es die Erfolge der Befreiungsbewegungen in Guinea-Bissau, Mozambique und Angola gewesen sind, die entscheidend zum Sturz des faschistischen Regimes in Portugal

beigetragen und den revolutionären Prozeß stimuliert haben. Die letzten Ereignisse haben dies bestätigt: In den ehemaligen Kolonialgebieten konnte die nationale und soziale Befreiung viel konsequenter durchgeführt werden als in Portugal selbst. Denn in Guinea-Bissau, in Mozambique und Angola gibt es gut organisierte Befreiungsbewegungen, die in einem jahrelangen militärischen und politischen Kampf gegen ihre Unterdrücker gelernt haben, wie man den Sieg über sie nicht nur erkämpft, sondern auch verteidigt.

Die großen Erfolge haben nicht nur die Situation im südlichen Afrika verändert und die Position der Rassistenregimes in Zimbabwe und Südafrika erschüttert. Sie haben die Position der progressiven Staaten überhaupt gestärkt. Fidel Castro konnte Mitte März auf einem Solidaritätsmeeting in Conakry sagen: „Die Zeiten haben sich geändert. Noch vor einigen Jahren war die Republik Guinea isoliert. Imperialismus und Neokolonialismus hatten es geschafft, fast alle progressiven Regierungen Afrikas zu liquidieren. Heute aber ist alles anders. Heute feiern wir einen historischen Sieg, der den Lauf der Geschichte Afrikas verändern wird: den Sieg des heldenhaften Volkes von Angola.“

Aber daneben gibt es eine andere Tendenz, die zeitweise negative Auswirkungen zeigt. Die sogenannte „Dritte Welt“ war politisch und sozial noch nie eine Einheit. Im Beginn des nationalen Befreiungskampfes zeigten sich viele Gemeinsamkeiten zwischen den neu entstandenen jungen Nationalstaaten. Aber vor allem während der letzten Jahre kommt es zu einer immer stärkeren Differenzierung zwischen ihnen und in den jeweiligen Ländern selbst. Der Generalsekretär der Allafrikanischen Kirchenkonferenzen, Burgess Carr, und andere Sprecher aus der Dritten Welt haben auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Nairobi darauf hingewiesen, daß in den meisten ihrer Länder die Massen der Bauern und Arbeiter von der einheimischen Bourgeoisie im Verein mit multinationalen Konzernen ausgebeutet wurden. Die Überwindung der wachsenden Kluft zwischen arm und reich im eigenen Land stehe jetzt auf der Tagesordnung, wenn es um einen Beitrag zur Befreiung gehe.

Dies deutet darauf hin, daß sich in den meisten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas die kapitalistischen Verhältnisse festigen. Nur einige Entwicklungsländer bauen sozialistische Gesellschaften auf, wie etwa Kuba und Vietnam. Andere beschreiten mehr oder weniger konsequent einen nichtkapitalistischen Weg. Dazu gehören unter anderem Algerien, Syrien, Tansania, Kongo, Guinea, Burma und neuerdings

Laos, Kambodscha, Mozambique, Guinea-Bissau und Angola. Zwischen ihnen und den kapitalistisch orientierten Ländern wachsen die Unterschiede, so daß man immer weniger von einer Einheit der Dritten Welt sprechen kann. Es ist deshalb fraglich, ob der Terminus „Dritte Welt“ in dieser Situation überhaupt noch hilfreich und sinnvoll ist.

Einige der kapitalistisch orientierten Entwicklungsländer haben bereits ein vorimperialistisches Stadium erreicht, zum Beispiel Brasilien. Sie blockieren immer häufiger gemeinsame Initiativen der „Dritten Welt“ zur Förderung des Befreiungsprozesses.

In dieser komplizierter werdenden Situation kommt der Einheit aller progressiven und Friedenskräfte eine wachsende Bedeutung zu. Wenn wir uns als CFK bemühen, immer mehr Christen für ein Engagement im Ringen um den Frieden zu gewinnen, dann sollten wir von vornherein deutlich zu machen versuchen, daß ein solches Engagement nur dann sinnvoll ist, wenn es nicht die Tendenzen der Aufsplitterung fördert, sondern ein Beitrag zur Einheit der Friedenskräfte ist.

Wer gelernt hat, global zu denken, der wird nicht nur begreifen, daß die Friedensaufgaben in unterschiedlichen Situationen unterschiedlich sind; er wird auch erkennen, was er an seinem Platz für die Errichtung einer dauerhaften Friedensordnung in der Welt heute konkret zu tun hat. Wenn wir im Sinne Jesu Christi an den Bemühungen um eine bessere Welt teilnehmen wollen, dann sollten wir mithelfen

- den Entspannungsprozeß zu fördern und ihn unumkehrbar zu machen,
- die Versuche einer Wiederbelebung des kalten Krieges zu vereiteln,
- für konkrete Abrüstungsschritte eintreten und
- unsere Solidarität mit den Befreiungsbewegungen verstärken.

AG 224/60/76 V-14-8